

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1881

13.3.1881 (No. 63)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 13. März.

№ 63.

Vorauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Einkaufsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1881.

Karlsruhe, den 12. März.

Seine königliche Hoheit der Kronprinz von Schweden und Norwegen hat vor der Abreise von Berlin den bestimmten Wunsch ausgesprochen, sich Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Viktoria nähern zu dürfen.

Diesem Wunsche wurde von den Durchlauchtigsten Eltern der Prinzessin stattgegeben. Der Kronprinz hat hierauf seinen Besuch am Großherzoglichen Hofe angekündigt und dabei die Absicht kundgegeben, die Hand der Prinzessin zu begehren.

Nachdem der Kronprinz gestern in Karlsruhe eingetroffen war, brachte er den Abend im Kreise der Großherzoglichen Familie zu.

Auf seine Bewerbung hat die Prinzessin unter Zustimmung ihrer hohen Eltern das Jawort gegeben, und heute Vormittag fand die Verlobung Seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen Gustav Adolf von Schweden und Norwegen mit der Prinzessin Viktoria von Baden im engsten Familienkreise statt.

Nachmittags halb 3 Uhr nahmen die hohen Verlobten und die Durchlauchtigsten Eltern der Braut die Glückwünsche der Damen und Herren des Hofstaates und um 3 Uhr die Gratulationen der Mitglieder der Großherzoglichen Familie und der hier anwesenden Fürstlichkeiten entgegen.

Deutschland.

Karlsruhe, 12. März. Dem Gothaischen Genealogischen Hofkalender entnehmen wir nachstehende Daten über den hohen Bräutigam Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Viktoria und seine erlauchte Familie.

Seine königliche Hoheit der Kronprinz Oskar Gustav Adolf, Herzog von Värmland, ist zu Schloß Drottningholm am 16. Juni 1858 geboren, als ältester Sohn Seiner Majestät des Königs Oskar II. Friedrich von Schweden und Norwegen, der Gothen und Wenden (geb. 21. Januar 1829, Sohn des Königs Oskar I. und der Königin Josephine, geb. Herzogin von Leuchtenberg, succedirt seinem Bruder, dem König Karl XV., am 18. Sept. 1872) und Ihrer Majestät der Königin Sophie Wilhelmine Marianne Henriette (geb. 9. Juli 1836), Tochter des Herzogs Wilhelm von Nassau. Die Brüder Seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen sind die Prinzen Oskar Karl August, Herzog von Gothland (geb. 1859), Oskar Karl Wilhelm, Herzog von Westgothland (geb. 1861), und Eugen Napoleon Nikolaus, Herzog von Nerike (geb. 1865). Die Tochter des Königs Karl XV., Prinzessin Luise Josephine Eugenie, ist seit 28. Juli 1869 mit dem Kronprinzen Christian Friedrich Wilhelm Karl von Dänemark vermählt.

Berlin, 11. März. Dr. v. Puttkamer hat heute die interimistische Leitung des Ministeriums des Innern übernommen. In der Ansprache an seine Räte hat er auf die Schwierigkeit hingewiesen, welche die Verwaltung der Ressorts des Kultusministeriums und des Ministeriums des Innern mit sich bringt. Diese Verbindung würde aber voraussichtlich von kurzer Dauer sein.

In der Kommission für das Gesetz über die Küstenfrachtfahrt ist die Regierungsvorlage mit 10 gegen 8 Stimmen unverändert angenommen worden; in der Kommission hat hierbei das Centrum den Ausschlag gegeben; es bleibt jedoch noch fraglich, wie die Fraktion im Plenum stimmen wird.

Dem Bundesrath sind einige für Elsaß-Lothringen bestimmte Entwürfe zugegangen, welche früher bereits angenommen waren, jetzt aber durch den Landesauschuß einige Veränderungen erfahren haben. Es handelt sich zunächst um den kurzen Entwurf betreffend öffentliche Versteigerungen von Gegenständen des unbeweglichen Vermögens. Die ursprüngliche Vorlage verlangt bei solchen Versteigerungen zum Zwecke des Verkaufs oder der Verpachtung die ausschließliche Mitwirkung und Beirathung seitens eines Notars. Der Landesauschuß will diese letzteren nur auf den Verkauf beschränken, die Verpachtung dagegen freizehen. Ein zweiter Gesetzentwurf betrifft die Einrichtung der oberen Forstbehörden in Elsaß-Lothringen, wonach die dort bestehenden Forstdirektionen aufgelöst und deren Befugnisse auf die Bezirkspräsidenten übertragen werden. Hier ist hauptsächlich der § 2 wie folgt geändert: Die Forst-Aufsichtsbeamten können den Bezirkspräsidenten als Räte beigegeben werden. Auch können die Ober-

forstmeister bezüglich der Forstangelegenheiten als Vertreter der Bezirkspräsidenten für Behinderungsfälle bestellt werden. In der ursprünglichen Vorlage waren diese Bestimmungen fakultativ getroffen. Außerdem hatte die Vorlage noch folgenden Zusatz, den der Landesauschuß gestrichen hat: „Im Falle der Meinungsverschiedenheit zwischen den Bezirkspräsidenten und dem Oberforstmeister über Forstangelegenheiten hat der Bezirkspräsident auf Antrag des Oberforstmeisters die Entscheidung des Ministeriums einzuholen.“ Endlich will der Landesauschuß folgenden § 5 zusetzen: „Dieses Gesetz tritt am 1. April 1861 in Kraft. Die zur Ausführung desselben erforderlichen Anordnungen werden durch das Ministerium erlassen.“

Die Reichstags-Kommission nahm die zwei ersten Paragraphen des Beamtenwitwenpensions-Gesetzes unverändert nach der Vorlage an.

Der ersten Lesung des Unfallversicherungs-Gesetzes im Reichstag sieht man erst in 8 bis 10 Tagen entgegen; es soll den Fraktionen Zeit gelassen werden, sich eingehend mit dieser wichtigen Frage zu beschäftigen. Die Bundesraths-Ausschüsse haben das Trunkgesetz ohne wesentliche Änderungen angenommen.

In der heutigen Sitzung der Budgetkommission wurde nach lebhafter Befürwortung des Abg. Blum die Position für den Bau eines Postgebäudes in Heidelberg angenommen.

Berlin, 11. März. Der Umstand, daß das Kapitel zu Paderborn wirklich zur Wahl eines Bisthumsverweisers geschritten ist, sowie daß bereits ein Vertreter der Staatsregierung sich dort befindet, um mit dem Verweiser die Verhältnisse zu ordnen, findet begreiflicher Weise eine andere Beurtheilung in der klerikalen, eine andere in der fortschrittlichen Presse. Auf der letzteren Seite ist man geneigt, ein gefährliches Einlenken des Staats zwar nicht in dem erfolgten Schritte an und für sich zu sehen, aber doch in einer nahen Zukunft zu befürchten. Dieser Ansicht gegenüber ist zu bemerken, daß die Regierung in dieser Angelegenheit streng auf dem Boden des Gesetzes vom Juli 1880 vorgeht, welches ihr ausdrücklich die Befugniß beilegt, Bisthumsverweiser, welche zur Uebernahme dieses Amtes die genügende Legitimation haben, auf ein Jahr zuzulassen und für diese Zeit von dem Gehorsams Eid zu entbinden, wenn die Person des Gewählten Garantien des ihr zu schenkenden Vertrauens biete. Alle diese Voraussetzungen dürften bei der in Paderborn stattgehabten Wahl zutreffen. Was dagegen die klerikale Presse betrifft, so verfährt sie gerade umgekehrt. Während man dort stets die Nachgiebigkeit und Schwäche, wenn nicht noch Schlimmeres, auf Seiten der Regierung voraussetzt und nachzuweisen unternimmt, ist die klerikale Presse stets bestrebt, ihre kirchlichen Obrigkeiten als unumwandelbar, nie nachgebend hinzustellen. So soll denn auch diesmal nur geschehen sein, was sich von selbst versteht. Die Wahl des Bisthumsverweisers würde auch in Zeiten des kirchlichen Friedens, führt die „Germania“ aus, der Staatsregierung angezeigt worden sein. Wenn der Staat den Eid nicht fordere, so sei er der nachgiebige Theil; davon aber, daß der Bisthumsverweiser auch bei den von ihm etwa anzustellenden Geistlichen die Anzeigepflicht beobachten werde, sei nichts bekannt. Darauf ist wohl vorläufig zu sagen, daß auch das Gegentheil nicht bekannt ist und man die Entwicklung der Dinge abzuwarten habe. In der Wahl des Verweisers liegt ein Entgegenkommen römischerseits, welches durch die Entbindung vom Eid seitens des Staats erwidert wird. Erfolgen weitere Schritte des Entgegenkommens oder vielmehr des Einlenkens gegenüber den Gesetzen von Seiten der Kirche, so wird auch der Staat es an dem nicht fehlen lassen, was er thun darf und was zum Frieden dienen kann.

Weimar, 11. März. Reichstags-Wahl. Bis jetzt erhielt Ausfeld (Fortschritt) 7219, Fries (national) 2033, Pfaff (konservativ) 1269 Stimmen. Aus etwa 40 Gemeinden fehlt das Wahlergebniß.

K. aus dem Reichslande, 11. März. Während in Deutschland von gewisser Seite mit allen Kräften gegen die Civilehe agitirt wird, haben die vereinigten protestantischen Geistlichen Straßburg's im Einverständnis mit der Mehrzahl ihrer elsass-lothringischen Kollegen eine Petition für Beibehaltung der Civilehe an den Reichstag gerichtet. Sie motiviren ihre Ansicht damit, daß die Ehe nicht nur eine kirchliche, sondern auch eine staatliche Sache habe, daß die Civilehe dem Geistlichen eine Reihe von Arbeiten erspare und ihm Gelegenheit gebe, alle seine Zeit seinem Berufe zu widmen, und daß den Erfahrungen zufolge, die man seit Einführung der Civilehe in Elsaß-Lothringen gemacht habe, das kirchliche Leben keine Einbuße erlitten habe und wohl den meisten civilen Trauungen ein kirchlicher Akt gefolgt sei. — Es muß verwundern, daß im Gegensatz zu dem Hirtenbriefe des Bischofs von Straßburg das Fastenmandat des Bischofs von Metz nichts vom Gebete für den Kaiser und das kaiserliche Haus enthält. Derselbe besaß sich lediglich mit der Erziehung

der Kinder und kommt zu dem Schlusse, daß die Kirche aus der Schule vertrieben sei. Was die protestantische Kirche betrifft, so ist die Frage des kirchlichen Gebetes für das Kaiserhaus vor einigen Jahren schon geregelt und vom Direktorium der evangelischen Kirche Augsburgischer Konfession für alle Geistlichen eine gleichlautende Formel festgesetzt worden.

München, 10. März. Der König hat nach der „Allg. Ztg.“ sich bewogen gefunden, im Hinblick auf Abschnitt III § 5 Ziff. III des Bündnißvertrags vom 23. Nov. 1870 und auf § 38 des Reichs-Militärgegesetzes vom 2. Mai 1874, zugleich in Ergänzung der königl. Verordnung vom 7. Sept. 1873, „Pensionsansprüche der oberen Militärbeamten, dann der Unterbediensteten des königl. bayerischen Heeres betr.“, eine neue Verordnung über die Verhältnisse der Beamten des königl. Heeres zu erlassen. Dieselbe wurde heute publizirt und lautet der wesentliche Schlußsatz derselben: „Die Entschließung vom 12. Okt. 1872, durch welche den oberen Civilbeamten der Militärverwaltung die Staatsdiener-Eigenschaft im Sinne der IX. Verfassungsbeilage verliehen wurde, dann die Entschließung vom 29. Mai 1873, sowie alle sonst mit gegenwärtiger Verordnung nicht im Einklange stehenden bisherigen Bestimmungen, sind aufgehoben. Den demalsten schon angestellten oberen Civilbeamten der Militärverwaltung bleiben die erworbenen Rechte vorbehalten.“ Gleichzeitig mit dieser Verordnung haben Se. Majestät der König, im Hinblick auf dieselbe, durch § 35 der Disziplinarstraf-Ordnung für das Heer zu bestimmen geruht: „a. daß die Disziplinarbestimmungen in den §§ 10—15 der IX. Verfassungsbeilage auf die Civilbeamten der Militärverwaltung fortan analoge Anwendung finden, b. daß die Disziplinarstraf-Gewalt der Verwaltungsvorgesetzten (oder der Verwaltungsbehörden) gegen die ihnen untergeordneten Militärbeamten nach Analogie jener Bestimmungen sich richte“.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. März. (Zef. Ztg.) Da nur drei klerikale Tiroler bei ihrem Nein gegen die Gebäudesteuer beharren und die anderen durch Hohenwart zur Stimmenthaltung bestimmt wurden, ist die Majorität für die Regierung bei der heutigen Abstimmung im Plenum gesichert. — Die Unterrichtscommission des Herrenhauses beschloß mit neun gegen drei Stimmen über den Wienbacher'schen Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Wien, 11. März. Die Abgeordneten beschloßen mit 175 gegen 160 Stimmen, in die Spezialdebatte über den Gebäudesteuer-Entwurf einzugehen. Der Finanzminister war für die Vorlage eingetreten und hatte die Hoffnung ausgesprochen, daß die Vorlage die mit so viel Ausdauer errungene Einigkeit der Rechten nicht in Frage stelle. Die Tiroler Delz, Dipauli, Greuter sprachen sich für die Spezialdebatte aus, behielten sich jedoch Amendements vor. Menger erklärte, die Behauptung Greuter's, die Linke habe große Versprechungen gemacht, wenn man gegen das Gesetz stimme, sei unwar. Montag findet die Präsidentenwahl statt.

Wien, 11. März. Der Ministerpräsident empfing in Angelegenheit des Börsen-Schiedsgerichts eine Deputation aus Mitgliedern des Handelsstandes, der Großindustrie und des Großgrundbesitzes. Er antwortete ihr, er werde die Wünsche der Kammer betreffs des Wirkungskreises des Schiedsgerichts erwägen und zum Gegenstand von Verhandlungen machen; er vermöge aber nichts Positives zu versprechen. Bezüglich der Frage des Präsidiums sei er entschieden für die Beibehaltung der bisherigen Organisation.

Belgien.

Brüssel, 11. März. Der „Independence“ zufolge ist der Justizminister Bara als Kammerpräsident in Aussicht genommen und ist er auch geneigt, das Ministeramt mit der Präsidentschaft zu vertauschen.

Frankreich.

Paris, 10. März. Die Regierung beschloß Grenzsperrung gegen Andorra wegen der dortigen inneren Zwistigkeiten.

Paris, 10. März. In der „France“ richtet Girardin an die Kammer einen neuen Mahnruf, den ganzen Pader um die Wahlreform fallen zu lassen und nicht zwischen den beiden Männern, welche der Republik gleich unentbehrlich wären, einen gefährlichen Antagonismus zu schaffen. In dem er diese beiden Säulen des Staats näher charakterisirt, faßt er das Programm des Hrn. Grévy in den Worten: „Friede, Freiheit“ zusammen und gesteht, daß Hr. Gambetta sich für seine Person mit diesem Programm nicht begnüge, sondern nach den Lorbeeren nicht sowohl eines Bismarck als eines Cavour geize.

Es ist ganz falsch, sagt Girardin, zu behaupten und in allen Formen zu wiederholen, daß Hr. Gambetta die Repanche, den Krieg verkörpert; wahr ist es aber, daß der Mann, der im Februar 1871 vom Elsaß zum Abgeordneten gewählt wurde, die lebendigste Incarnation des französischen Nationalgefühls ist, welches, ohne die Dinge irgendwie überfließen zu wollen, von einer Umwandlung Europa's, die nicht ausbleiben kann, eine ge-

rechte Berichtigung der östlichen Grenzen Frankreichs erwartet. Diese Berichtigung ist durch die Nothwendigkeit einer den Bevölkerungsziffern entsprechenden Abrüstung a der Hilfe man endlich die erdrückenden Lasten herabsetzen kann, welche Europa immer mehr außer Stand setzen, gegen die gewerbliche und kommerzielle Konkurrenz der Vereinigten Staaten von Amerika anzukämpfen. Der Krieg Preußens gegen Oesterreich hat Italien, ohne daß es eine Patrone abbrannte, den Wiedererwerb des berühmten Festungsvierecks eingetragen. Warum sollte also Frankreich alle Hoffnung auf eine ähnliche Wiedergabe verlagert sein? Ist etwa jede große Explosion der Volksleidenschaften, jede große sociale Krise von der Zukunft ausgeschlossen? Steht etwa der europäische Bau so sicher, daß nirgends ein Einsturz zu besorgen wäre? Ist das Wort des Hrn. v. Bismarck unwiderrücklich vollendet? Ist er auch nur gewiß, daß es ihn überleben wird?

Dann wendet sich Girardin gegen die Blätter, welche den Mann, der der französische Cavour werden kann, täglich verunglimpfen.

Die Undankbaren! Die Verblendeten! Die Undankbaren! Sie vergessen, daß, wenn im Jahre 1877 die Schlacht der Republik gegen die Monarchie von den Republikanern gewonnen worden ist, der größte Antheil an dem Siege der Kühnheit des Hrn. Gambetta gebührt, seiner Geistesgegenwart, Umsicht und Thatkraft, dem Zusammenwirken seiner Kombinationen, der Gewalt seiner Rede und dem Vertrauen, welches alle unter seiner Fahne vereinigten Kämpfer in ihn setzten. Die Verblendeten! Sie sehen nicht, daß, wenn Frankreich in Folge eines jener überraschenden Wanders, deren man von dem deutschen Reichskanzler immer gewärtig sein muß, von einer neuen Invasion, Zerstörung und noch schwererem Pöbelgedröbe bedroht wäre, der einzige Franzose, der auf der Höhe der Situation stünde und dessen Patriotismus allen Herzen denselben Schlag mittheilen und alle Köpfe wieder aufrichten könnte, kein Anderer wäre, als unser D e a f. Haben wir denn zu viel an zwei Männern, von denen jeder einem anderen Bedürfnisse entspricht? Wenn wir sie abnützten, wo hätten wir einen Ersatz für Hrn. G r e v y, wo einen Ersatz für Hrn. G a m b e t t a? Dieser ist uns so unentbehrlich wie Jener. Schonen wir also den Einen wie den Andern, lassen wir zwischen ihnen keinen Keim einer Feindschaft aufkommen, halten wir sorgsam die müßigen, die unzeitgemäßen Fragen fern! Seien wir vorsichtig; denn indem wir gegen die Vorsicht verstoßen, würden wir gegen den Patriotismus verstoßen.

Das Feuer in „Printemps“ hätte nicht so große Verheerungen anrichten können, wenn die unter der städtischen Verwaltung stehenden Löschvorkehrungen vollkommen gewesen wären. Die Wasserleitung der Straße konnte nicht geöffnet werden, sie war eingestürzt; es fehlte an Einfallstellen (prises d'eau) es fehlte an Pumpen, Wasserleitern, Feuerleitern, kurz an Allem, um einem großen Brande Einhalt zu thun. Und dabei hat der Oberst der Feuerwehre schon seit 1877 unaufhörlich vom Gemeinderath neue Dampfpumpen u. verlangt, und nachdem die nöthigen Fonds vor einem Jahre bewilligt waren, befürwortete sich derselbe nicht um die Ausführung der Arbeiten. „National“ meint, der Gemeinderath würde besser daran gethan haben, sich dieser Pflicht, durch welche Menschenleben gerettet worden wären, rasch zu entledigen, als den Kredit von 200,000 Frs. zu Gunsten der Zollbeamten der Commune zu votiren.

Großbritannien.

Nach einer der „Polit. Korresp.“ aus London von guter Seite zugehende Meldung hat sich der englische Ministrath in seiner Sitzung vom 5. d. Mts. über die Bedingungen geeinigt, unter welchen England zum Friedensschlusse mit den Boeren bereit wäre. Dieser Beschluß wurde auf das Andrängen mehrerer einflussreichen Radikalen gefaßt, welche den Krieg in Südafrika so rasch als möglich beendet wissen wollten. Die vereinbarten Bedingungen sind für die Boeren überaus günstig. Der von den letzteren bewohnte Theil des Transvaal würde nämlich unabhängig erklärt und bloß unter den nominellen Schutz Großbritanniens gestellt werden. Eine Entschädigung für die Kriegsverluste Englands wird nicht begehrt und den Führern der Erhebung der Boeren wird Straflosigkeit zugesichert werden. Die zur Wahrnehmung der Interessen der Eingebornen zu beschließenden Maßregeln und Kantelen sollen im wechselseitigen Einvernehmen festgesetzt werden. In dem dem Kabinete Gladstone befreundeten Kreise befürchtet man, daß dieser Beschluß ungeachtet seiner Gerechtigkeit und Zweckmäßigkeit in England keinen günstigen Eindruck machen und dem Kabinete viele Wählerstimmen entziehen werde.

Das Baumrecht. *)

Erzählung von Ernst Wichert.
(Fortsetzung.)

Schon immer war sein strenges Wesen in Allem, was das Geschäft und die Wirtschaft anging, bekannt gewesen. Jetzt fürchtete man sich, mit ihm zu verkehren oder ihm mit Bitten um allerlei Nachlaß seiner Befugnisse in die Quere zu kommen. Es sollte Alles „streng nach dem Rechte“ gehen, wie es sein Privileg besage. Fast schien es so, als ob ihm das alte Pergament noch mehr an's Herz gewachsen sei, nachdem er zwei seiner Kinder verloren, mit deren Zukunft er sich sonst gern beschäftigte. Nun fragte er nur immer: „Was wird aus der Mühle werden?“ Der Pfarrer redete ihm wohl freundschaftlich zu: „Sorgt nicht so weit hinaus! Jedem ist sein Pflichtwerk gesetzt auf dieser Erde, und wer ihm gerecht wird, der mag ruhig der Welt ihren Lauf lassen.“ Er aber antwortete: „Das ist leicht gesagt. Aber wer etwas übernommen hat, das viele hundert Jahre alt ist und sich bewährt hat, der steht nicht allein für sich, der soll's auch dem künftigen Geschlechte konserviren. Für ewige Zeiten — ist da in der Beschreibung zu lesen, und es soll nicht umsonst vertrieben sein.“

Er hatte noch einen dritten Sohn, den ältesten, und Walter war sonst sein Stolz und seine Freude gewesen. Nun war er seine Sorge. Walter hatte früh Neigung zum Studiren gezeigt; der Pfarrer unterrichtete ihn gern und brachte ihn so weit, daß er dann nur noch die oberen Klassen des Gymnasiums durchzumachen hatte, um die Universität Königsberg beziehen zu können, an der sich damals noch in allen Lehrfächern der Einfluß Kant's, des großen Philosophen, geltend machte. Walter Meiners studierte die Rechtswissenschaft, bestand glänzend sein Examen und

*) Nachdruck verboten.

London, 11. März. Unterhaus. Dille beantwortet mehrere Fragen, indem er erklärt: es habe jüngst kein Schriftwechsel mit den Vereinigten Staaten von Amerika in Betreff des interoceanischen Kanals stattgefunden; die Frage sei für eine Aktion noch nicht reif. Die jüngst in einem Buche aufgestellte Behauptung (Marvin über Mexico), Rußland habe durch einen geheimen Vertrag vom 31. Mai 1878 sich feierlich anheischig gemacht, die russische Grenze in Kleinasien nicht auszudehnen, sei ungenau, er könne aber ohne Zustimmung beider Parteien seiner Antwort vom 28. Mai 1880 über vertrauliche Kommunikationen zwischen dem vorigen Kabinete und der russischen Regierung nichts hinzufügen. Daß die Enfidra-Frage (Tunis) dem Scheit ul Islam überwiesen worden, sei ihm nur durch die Behauptung des Anwalts v. Levy bekannt.

Die Regierung willigte ein, daß Wood, wenn nöthig, eine Verlängerung der Waffenruhe den Boeren bewillige. Er könne nicht das Resultat der jetzigen Kommunikation mit den Boeren sicher voraussagen, aber die Regierung sei der zu wählenden Interessen eingedenk. Seit der Thronrede seien mancherlei Vorschläge gemacht worden. Unter anderen hätten die Chefs der Boeren beantragt, eine königliche Kommission zur Prüfung der Frage zu ernennen. — Hartington antwortete Dnslow: Nachdem am Dienstag Gladstone seine Antwort in Betreff Candahars gegeben habe, sei ein Telegramm der indischen Regierung eingetroffen, welches meldete, daß die Vorbereitungen zur Räumung Kandahars bereits begonnen hätten, er glaube nicht, daß der Rückzug sofort erfolge. Der Unterstaatssekretär für die Kolonien Grand-Duff erklärte: Der Gouverneur der Goldküste melde, daß der König der Ashantis den Engländern seine Freundschaft versichert habe, trotzdem sei der Zustand noch nicht ganz befriedigend. — Der Antrag Gladstone's, wonach die Debatte über den Bericht der irischen Waffenbill um 10 Uhr schließen sollte, wurde mit 347 gegen 30 Stimmen angenommen. — Das Haus nahm einen von der Regierung beantragten Zusatz zu der Bill an, welcher die Gewährung einer Entschädigung für freiwillig abgelieferte Waffen betrifft. Die dritte Lesung der Waffenbill findet heute statt.

London, 11. März. Unterhaus. Gort melde für Montag einen Antrag auf Erziehung für Bradlaugh zu Northampton an. Gladstone antwortete Ritchie, die Anregung zur Waffenruhe mit den Boeren scheine von dem Präsidenten des Oranje-Freistaates ausgegangen zu sein. Bisher sei keine Kommission ernannt worden. Die Regierung erwäge die Nomination. Hartington antwortete, Dnslow könne die Verantwortlichkeit nicht übernehmen, Aufschluß über Arrangements betreffs Räumung Kandahars zu geben. Gladstone legt die Dringlichkeit des Supplementkredits und einzelner Posten des nächsten Etats dar, sowie anderer Vorlagen, die vor Ablauf des März erledigt sein müssen, darunter eine Vorlage, welche den Beitrag Englands zu den Kosten des Krieges in Afghanistan auf 5 Millionen, welche mit 2 Millionen durch Aufhebung der Schuld mit dem Rest durch eine Serie jährlicher Kredite gedeckt werden soll, festsetze. Gladstone hofft, bezüglich des Mißtrauensvotums betreffs Kandahars am 24. März debattiren zu können. Ob die irische Landbill vor oder nach Ostern eingebracht wird, hänge von dem Fortschritt der Geschäfte des Hauses ab. Er werde Montag die Dringlichkeit der Priorität für das Ausgabenbudget beantragen. Northcote wünscht, die Regierung in Arrangements bezüglich der Geschäfte zu unterstützen, aber die geforderte Dringlichkeit für das Ausgabenbudget erheische ernste Erwägung. Das Haus begann die dritte Lesung der irischen Waffenbill. Parnell beantragt die Verwerfung derselben.

Orient.

Aus Bukarest, 7. März, wird geschrieben: Die Nachricht der „Independance Roumaine“, daß der 10. Mai a. St. als Tag der Proklamation Rumäniens zum Königreiche ausgerufen wurde, hat zahlreichen auf das gleiche Thema bezüglichen Personen als Anknüpfungspunkt gebietet, ohne daß man sich weiter mit Untersuchungen über die Glaubwürdigkeit des betreffenden Berichtes befaßte. Und doch läßt sich das ganze

von der „Independance“ mit aller Bestimmtheit kolportirte Gerücht eben nur auf eine in Abgeordnetenkreisen kursirende Meldung zurückführen, daß die Regierung Schritte gethan habe, um die Mächte bezüglich ihrer Stellung zu der beabsichtigten Rangserhöhung zu sondiren. Daß eine solche schon seit der Proklamation der Unabhängigkeit Rumäniens angestrebt wird, ist eine bekannte Thatsache, aber unrichtig ist es, wenn die Presse des Auslandes der oben zitierten Quelle glaubenselig nachzählt, daß bereits von allen Mächten Zustimmungserklärungen zu diesem Schritte eingetroffen seien. Rumänien hat um keine solche Zustimmungserklärung angefragt und wird das auch in Zukunft nicht thun. Ebenso wenig dürften die Regierungen aus eigener Initiative derartige Zustimmungserklärungen nach Bukarest eingeschickt haben. Alles, was in dieser Angelegenheit im Laufe der letzten Zeit geschah, beschränkt sich vielmehr auf das Steigen einiger diplomatischer ballons d'essai, um sich zunächst darüber zu orientiren, ob die allgemeine Situation der Erledigung einer formellen Rangfrage günstig sei. Die Regierung selbst hält sich vorläufig noch in vollster Reserve und geht in ihren Organen jeder Erörterung über die angeleglich so nahe bevorstehende Erhebung Rumäniens zum Königreiche behutsam aus dem Wege. Nicht etwa, als ob sie dieselbe nicht wünschen würde. Sie will eben nur vermeiden, daß diese Frage offiziell früher aufgeworfen werde, bevor nicht auch der Tag der Lösung angegeben werden kann, und will nicht die Verhandlungen über andere, die materiellen Interessen Rumäniens nahe berührende Angelegenheiten durch Einmischung fremdartiger Dinge stören.

In gut unterrichteten Kreisen wird denn auch mit Rücksicht auf das Gesagte die bestimmte Vermuthung ausgesprochen, daß vor vollständiger Klärung aller Konflikt bezüglich der Donaufrage die Regierung kaum daran denken wird, die Anregung zur Proklamation des Königreiches zu geben. Da letztere eine Abänderung der Verfassung involvirt, so könnte sie selbstverständlich nur durch das Botum einer Konstituante gelöst werden. Senat und Kammer müßten, nachdem der betreffende Antrag auf Abänderung der Verfassung im Sinne der Erhebung Rumäniens zum Königreich gestellt worden ist, zur Konstituante zusammentreten, um sodann die endgiltige Entscheidung über diese Verfassungsfrage zu treffen. Daß man mit der Proklamation Rumäniens zum Königreich in ähnlicher Weise vorgehen wird, wie mit der „durch Volkswillen“ erfolgten Unabhängigkeitserklärung, welche Covalniceano am 10./22. Mai 1877 in den Straßen Bukarest's ausgerufen ließ, die Sorge um die staatsrechtliche Durchführung des Unabhängigkeitserlasses einfach der Zukunft überweisend, ist nicht gut anzunehmen, und in der That würde eine solche Bethätigung der Volkssouveränität keineswegs die Beachtung verdienen, welche man den, wie nachgewiesen, sehr unbedingten Berichten über die Erhebung Rumäniens zum Königreiche schenkt. Am 27. d. M. geht der Termin zu Ende, bis zu welchem die Sitzungen des Senats und der Kammer verlängert wurden. Doch ist keine Aussicht vorhanden, daß die gelesenen Körperchaften bis dahin ihre Aufgaben gelöst haben werden. Nachdem aber mit der gegenwärtigen Session eine Parlamentsperiode zu Ende geht, muß der Regierung daran gelegen sein, neben dem Budget zum mindesten das neue Schulgesetz zur Durchberatung zu bringen, und ist daher eine neuerliche Verlängerung der Sitzung sehr wahrscheinlich geworden.

Bukarest, 11. März. Die Kammer interpellirte Venesco über das Gerücht, wonach Rumänien zum Königreiche erhoben werden soll, und fragt, ob die Regierung diesbezüglich bei den auswärtigen Kabinetten Schritte gethan hätte. Der Premierminister erwiderte unter dem Beifall des Hauses, Rumänien sei ein freier Staat und habe das Recht, seinem Souverän den Titel eines Königs, selbst eines Kaisers zu geben, wenn es wolle. Die Regierung lege einen Gegengewurf vor wegen Konvertirung der schwebenden Schuld.

Belgrad, 11. März. Die Majorität des Stupscytina-Ausschusses nahm gestern Abend die Eisenbahn-Konvention bis zum Schlusse an. Der belgisch-serbische Vertrag wegen Auslieferung von Verbrechern wird morgen unterzeichnet.

Wie aus Philippopol gemeldet wird, hält man es in den dortigen offiziellen Kreisen für sehr zweifelhaft, ob D r u m e l i e n in der Lage sein werde, vor Ablauf des nächsten Jahres den noch ausstehenden Restbetrag des Tributes für das Finanzjahr 1880 bis 1881 per 93,750 Pf. zu bezahlen. Höchstens würde eine weitere à Contozahlung von 30,000 Pf. im nächsten Herbst nach Eingang des Zehnten geleistet werden können und auch dies nur dann, wenn die Ernte günstig ausfällt. Die T ü r k e i bezeige in diesem Punkte eine merkwürdig In-

wandte sich dann der Verwaltung zu in der Meinung, daß der Staat hier bald die tüchtigsten Kräfte zu dem unausbleiblichen großen Reformwerk brauchen werde. Er arbeitete seit mehreren Jahren schon bei der Kammer zu Gumbinnen unter Leitung des hochgeschätzten Präsidenten v. Schön und war kürzlich Assessor geworden. Er bekannte sich mit ganzer Ueberzeugung zu den Ideen dieses genialen Staatsmannes und war ihm ein lieber Gehilfe.

Einen „Studirten“ Sohn zu haben, gefiel dem Müller sonst schon ganz gut. Er dachte ihm einmal den größten Theil seines beträchtlichen Baarvermögens zuzuwenden, während sein zweiter Sohn die Mühle, sein dritter das Landgut übernehmen sollte. Es konnte den Beiden eine Ehre sein, einen Bruder im Landeskollegium, oder wohl gar im Ministerium sitzen zu haben, und die größeren Kosten, die er verursacht hatte, waren damit in seiner Meinung reichlich ausgeglichen. Nun hatte der Tod sie hinweggerafft, und dieser Eine war ihm übrig geblieben, dessen Beruf weit ablag von dem, was seinem Herzen am nächsten stand, und der nie für die praktische Thätigkeit eines Müllers oder Landwirths Neigung gezeigt hatte. Aber das war es nicht einmal allein, was ihn mit Sorgen erfüllte. Walter pflegte seine Ferien, selbst die kurz bemessenen, zu Hause zu verbringen — zog ihn doch dorthin, wovon freilich der Vater nichts wußte, die Liebe zu Margareth, der hübschen und klugen Pfarrerstochter. Nach der Bräutigam's Tode hatte er sogar wiederholt außer der Zeit einen Urlaub genommen, um dem alten, tiefbekümmerten Manne tröstend zur Seite zu stehen. Da war denn auch oft genug das Gespräch auf die Politik und Staatswirtschaft gekommen und Walter hatte Ansichten entwickelt, für die des Vaters ungeschulter Kopf gar keinen Anhalt gefunden und mit denen sich seine gewohnten Lebensanschauungen durchaus nicht vertragen wollten. Nach seiner Meinung war das Unglück über Preußen gekommen,

weil man an der alten Sitte und dem alten Recht nicht strenge genug festgehalten hatte; nun sollten alle Dinge umgekehrt, alle Fesseln gelöst, alle Verpflichtungen aufgehoben werden. Es war nur immer von Ablösungen der Lasten und von Befreiungen die Rede, allenfalls von Entschädigungen, und der alte Rechtszustand sollte von Grund aus verändert werden. Der Müller merkte bald, daß er beim Disputiren seinem Sohne nicht gewachsen sei, und verhielt sich daher mehr und mehr schweigsam, aber es wollte ihm doch nicht in den Sinn, daß die Regierung selbst so „auf-rührerisch“ vorgehe, und noch weniger konnte er damit fertig werden, daß auch der Pfarrer, der sich doch nach Gottes Wort richten sollte, dem Assessor bereitwillig beistimme. Nach seinen Gedanken konnte da nichts Kluges herauskommen.

Freilich hatte er für Alles, was ringsum in der Welt passirte, fest den Standpunkt in seiner Mühle genommen. Sie sollte bleiben, wie sie war, und es entging ihm wohl nicht, daß dann auch alles Andere bleiben müßte, wie es sei. Irigendwo am Bestehenden rütteln, hieß ihm sein eigenes Haus gefährden, und es verursachte ihm schon Bedrückung, über Dinge hin und her reden zu hören, die ihm unantastbar und unwandelbar schienen, wie das Evangelium. Es war nun einmal „Gottes Ordnung“, daß zu jeder Mühle auch eine Bannmeile gehörte, und daran sollte nicht gerührt werden.

Er wußte aber recht gut, daß es genug Leute in seiner nächsten Nachbarschaft gab, die gerade daran bei jeder Gelegenheit zu rühren sich zum Geschäft machten. Da war es den Besitzern, die ihre Wiesen oberhalb des Sees hatten, verdrießlich, daß er das Wasser so hoch und so lang staute, als es sein Recht war, um seine Mahlgäste bedienen zu können; da klagten die Leute, daß sie auf ihr Mehl, gerade wenn sie's brauchten, warten müßten; da waren die Bauern aus den ferneren Dörfern unzufrieden, wenn sie umsonst das Fuhrwerk schickten und ihre

differenz, die wohl darin ihre Erklärung findet, daß der ostromelische Tribut ausschließlich für den Dienst der türkischen Staatsschuld reservirt wurde.

Von Konstantinopel, 6. März, wird der „Allg. Ztg.“ geschrieben: Gegen die Armenier wird in schärfster Weise vorgegangen; Lithographen, welche die Bilder der fabelhaften Könige Armeniens für die Umschläge von Hefen z. gedruckt, und die Verkäufer derselben wurden in Haft genommen und zu schweren Geldstrafen und Zwangsarbeit verurtheilt, und zwar „wegen aufrührerischer Druckschriften und ihrer Verbreitung“. Die türkische Presse verlangte ungestüm die Exilierung des Patriarchen Nerses, als Hauptanführers der hochverrätherischen Bestrebungen der Armenier. Der Patriarch hatte in Folge dessen eine Unterredung mit Said Pascha, in welcher er den in scheinheiliger Weise alle Verantwortungen ablehnenden Minister vollständig an die Wand drückte. Said Pascha versprach schließlich dem Patriarchen, daß im Verlauf von 3 Monaten die Ordnung in den Provinzen hergestellt werden solle, daß die türkische Presse gezügelt werden würde, nur möge der Patriarch auch das Seine thun, um der Pforte über die aus den armenischen Verhältnissen hervorkommenden Reklamationen der Botschafter hinwegzuhelfen.

Heute Nacht starb nach langem Leiden der verdiente Direktor des Osmanischen Museums, Dr. Ph. A. Dethier, ein Mann, der durch seine Arbeiten über die Topographie von Konstantinopel und über byzantinische Geschichte in den weitesten Kreisen bekannt war. Er war der eigentliche Begründer der hiesigen österreichischen Schule und des Antikenmuseums des Technisch-ökonomischen Instituts. Seine archäologischen Arbeiten sind leider in den Schriften des hiesigen Synlogos und der „Turquie“ so gut wie vergangen. Seine Ausgabe des Kritobulos und sämmtlicher Quellenchriften über die Eroberung Konstantinopels durch die Osmanen, obgleich längst gedruckt, befindet sich noch in den Archiven der kgl. ungarischen Akademie.

Wie aus Konstantinopel mitgetheilt wird, hat der Wali von Damascus der Pforte berichtet, daß der Aufstand der Drusen im Haurangebirge nahezu beendet sei, ohne daß eine Aktion der gegen die Aufständischen konzentrierten Truppen von Nothen gewesen wäre. Der Wali meldet ferner, daß eine Deputation der Drusen bei ihm erschienen sei und im Namen ihrer Stammesgenossen ihre tiefe Reue über das Vorgefallene ausgedrückt habe. Die Drusen wollen sich den Geboten des Sultans unterwerfen und davon absehen, die Anführer des Ueberfalles bei Kerek der Strafe zu entziehen. Der Wali erklärte sich bereit, unter den angebotenen Bedingungen von weiteren militärischen Maßnahmen abzusehen.

Konstantinopel, 11. März. Die Pforte dürfte eine Verschiebung der auf morgen anberaumten Botschafterung verlangen, um das Studium der zu beantragenden Grenzlinie beendigen zu können.

Badische Chronik.

* Karlsruhe, 12. März. Anlässlich der Verlobung Ihrer Großherzoglichen Hoheit der Prinzessin Viktoria mit Seiner Königlichen Hoheit dem Kronprinzen Gustav von Schweden und Norwegen wird morgen, außer allgemeiner Beflaggung, Abends das Rathhaus beleuchtet werden.

* Karlsruhe, 12. März. Der landwirthschaftliche Bezirksverein Karlsruhe hält morgen, Nachmittags 3 Uhr, eine Bezirksversammlung zu Mühlburg im Gasthaus zum Hirsch. Die Gegenstände der Verhandlung sind: Jahresbericht und Voranschlag, Beamtewahl, Besprechung über Kartoffelbau und Bericht über die Kartoffelaussstellung in Eggenstein, eingeleitet durch Hrn. Hofrath Dr. Neßler.

Der Verein zur Erbauung billiger Wohnhäuser dahier gewährt 5 Proz. Dividende, welche im Mai auszubezahlt wird.

4 Schwellingen, 11. März. Dem Vornehmen nach wurden aus Stadt und Amtbezirk Schwellingen verschiedene kunstgewerbliche Erzeugnisse und Gegenstände der Gegenwart und Vergangenheit, sowie auch Gemälde, Handzeichnungen u. s. w. für die Kunstgewerbe-Ausstellung angemeldet. Auch für die diesjährige Badener Verlosung, für die der Anlauf von Gegenständen theils auf Grundlage einer Preisbewerbung geschieht, wird eine werthvolle Zimmereinrichtung aus der Werkstätte eines hiesigen Schreiners herangezogen.

Sonntag den 13. d. M. hält der Schwelinger Gartenbau-Verein, der sich bereits einer verhältnißmäßig großen Mitgliederzahl zu erfreuen hat, eine Versammlung ab, bei welcher Herr Ohlmer aus Karlsruhe einen Vortrag über das Anpflanzen der

Knechte versäumt, und vor Allen der Bäcker Nag im Dorfe, ein pfiffiger Kerl, der sein Brod nie klein genug backen konnte, Geld auf hohe Zinsen auslieh und jährlich sein Bäckergrundstück mit dem Lande vergrößerte, das ihm seine Schuldner billig abtreten mußten, räsonte tagtäglich im „Krug“ und warf mit Redensarten herum, die er in der Zeitung aufgefleht hatte und die er selbst kaum zur Hälfte verstand. Er mußte seine Abgaben bezahlen, wie ein Anderer, und Jedermann mußte seine Abgaben bezahlen, und daher mußte auch gleiches Recht für Alle sein. Das sei aber ein Unrecht, daß der Müller ein Privileg habe und damit alle Eingekessenen zwingen könne, bei ihm mahlen zu lassen, ob sie wollten oder nicht, und ob sie's wo anders billiger, besser und schneller haben könnten. Das müsse geändert werden, wenn der König es mit seinen Unterthanen gut meine. (Fortsetzung folgt.)

(Graf Moltke.) Folgende charakteristische Notiz entnehmen wir der Kreuzzeitung: „Es ist die hohe Verehrung bekannt, welche der König von Sachsen dem General-Feldmarschall Grafen v. Moltke widmet. Einen Beweis hiervon gab derselbe auch bei der am 27. v. M. im Schlosse stattgefundenen Defilir-Cour. Nachdem das diplomatische Corps die letztere beendet hatte, hatten sich die Allerhöchsten Herrschaften und deren Gäste gesest. Als jedoch der König von Sachsen den Feldmarschall Grafen Moltke gewahrte, welcher sich ansahnte, zu beklüffen, erhob er sich wieder; die anderen Fürsten und Fürstinnen folgten seinem Beispiele und blieben stehen, während der greise Feldmarschall vorbeischnitt.“

Gemüse und Blumen halten wird, worauf Blumen und Sämereien zur Verlosung kommen werden.

* Aus Baden, 12. März. Einem Berichte über das städtische Krankenhaus in Baden im „B. B.“ entnehmen wir, daß im Jahr 1880 daselbst 826 Kranke verpflegt wurden, von welchen 19 starben. Der Anstalt wurden im Laufe des Jahres mehrere zweckmäßige Geschenke zugewendet, u. a. ein schöner Krankenwagen von dem Fürsten von Fürstenberg sowie auch verschiedene Geldbeiträge, wodurch es ermöglicht wurde, einzelne Leidende, welche keine Berechtigung zur Aufnahme hatten, zur Pflege unterzubringen. Der Bericht bemerkt noch: Wie in andern Städten, so sehen wir auch hier, daß sich die Scheu vor dem Krankenhause allmählig vermindert und dasselbe gerne von den Leidenden aufgesucht wird. Es mag dies in der zunehmenden Einsicht des Publikums liegen, zum großen Theile aber auch in den Fortschritten der heutigen Medizin und Chirurgie. Der Kranke darf bei manchen inneren Krankheiten und bei allen chirurgischen Erkrankungen mit größerer Zuversicht seiner Genesung entgegensehen, als dies vor Einführung der antiseptischen (die Blutzerfegung verbindenden) Heilmethoden der Fall war, ja viele chirurgische Eingriffe werden zur Zeit mit sicherem Erfolge unternommen, die vor deren Einführung kaum gewagt wurden. So ist der gute Ruf auch unseres städtischen Krankenhauses mit den gemachten Fortschritten und der dieselben begleitenden Abnahme der Sterblichkeit wesentlich gewachsen.

Mit dem am 29. d. M. in Offenburg stattfindenden üblichen Frühjahrs-Viehmarkt wird auch ein Gau-Farrenmarkt abgehalten, wobei beträchtliche Prämien vorgehalten sind für Gemeinden des Kreises Offenburg, welche für zuchttauglich erkannte Simmenthaler Thiere kaufen, wie für Verkäufer, welche Original-Simmenthaler in größerer Zahl aufstellen.

Die Sparkasse zu Heidelberg weist für das Jahr 1880 7542 M. Einlagen mit 1,836,861 M. auf; zurückbezahlt wurden 1,446,317 M. Das Guthaben der 6902 Einleger beträgt 4,746,576 M. Der Rechnungsabschluss belagt: Vermögen verblieb am Schlusse des Jahres 1880: 317,067 M. 35 Pf.; also gegenüber dem Vermögen Ende 1879 mit 295,153 M. 60 Pf. eine Vermehrung des Reinertrags mit: 21,613 M. 75 Pf. und unter Zurechnung des an die Stadtgemeinde Ende 1880 gelieferten Beitrages zu dem Gemeindefürnisse mit 20,000 M. hat die städtische Sparkasse pro 1880 reinen Verdienst von 41,913 M. 75 Pfennig.

Vermischte Nachrichten.

* Aus Elsaß-Lothringen, 11. März. Der Vogesenklub zählt gegenwärtig gegen 2100 Mitglieder, welche sich auf 22 Sektionen vertheilen. Von den letzten haben Barr, Straßburg, Kolmar und Schlettstadt die größte Mitgliederzahl, nämlich 340 bzw. 271, 189 und 154. Im Elsaß sind sämmtliche Kreise vertreten mit Ausnahme von Altkirch. Ueber die Thätigkeit des Vogesenklubs gibt das lochen zur Verbindung gekommene neueste Heft der „Mittheilungen aus dem Vogesenklub“ interessante Aufschlüsse. Aus der Centralasse wurden in den 8 Jahren des Bestehens des Vereins 10,240 M. für Unterkunftsstätten, Wege und Wegeleiter verausgabt. Die einzelnen Sektionen, welchen 5% ihrer Mitgliederbeiträge zur Verfügung bleibt, haben zu ähnlichen Zwecken etwa das Doppelte der genannten Summe verausgabt. Die Bemühungen des Klubs, die interessantesten Punkte der Vogesen zugänglich zu machen und bei Aufsuchen derselben dem Touristen jede mögliche Erleichterung zuzukommen zu lassen, sind, wie allgemein anerkannt wird, von bestem Erfolge begleitet gewesen. Namentlich hat der Zugang von Reisenden, besonders aus Altbayern, eine stetige Zunahme erfahren.

(Dr. Niebeck's Expedition in Afsinasien und Arabien.) Die „Breita. Ztg.“ erlattet über den weiteren Verlauf der Expedition Niebeck Bericht. Nachdem Dr. Niebeck unglücklich am 13. Dezember v. J. seinen Tod durch Ertrinken im Jordan gefunden, wurde Dr. Mantey als Begleiter der Expedition gewonnen, und sei derselbe reichlich mit medizinischen, naturwissenschaftlichen und Sprachkenntnissen ausgestattet. Die Expedition, welche eifrig besteht ist, die Wissenschaft nach Kisten zu fördern, hat das von Dr. Niebeck hinterlassene Tagebuch der mit vielen Strapazen und Gefahren verbundenen Reise für die großen Interessen der Wissenschaft gelebt und schließlich sein Leben dafür in die Waagschale gelegt hat. Prof. Dr. Schweinfurth, mit welchem die Expedition in Kairo bereits in Beziehungen getreten ist, hat von diesem Tagebuch selbst Einsicht genommen. Es wird dasselbe am allerbesten geeignet sein, die Anfeindungen, welche Niebeck zu erleben gehabt hatte, in das rechte Licht zu setzen, indem daraus hervorgehen dürfte, daß, was nur die knappe Zeit gestattete, Beobachtungsmaterial gesammelt wurde. Die Expedition hat inzwischen mit Prof. Dr. Schweinfurth eine zwölfstägige Tour nach der arabischen Wüste ausgeführt, welche die Fertigstellung einer von demselben seit Jahren in Angriff genommenen Karte zum Zwecke hatte. Auch über diese Tour wurde ein Bericht erstattet und zum Druck nach Deutschland befördert. Bei diesem Ausflug an den Gebel Ataka am Rothen Meer wurden mineralogische und paläontologische Objekte, in Kairo u. s. w. zoologische, ethnographische, archäologische Gegenstände erworben. Das nächste Reiseziel ist Aden am Rothen Meer und dann ein Besuch auf der bereits im Indischen Ocean weit östlich vom Golf von Aden gelegenen Insel Sokotra. Die Expedition schätzt sich glücklich, auch hierher von Herrn Prof. Dr. Schweinfurth, welcher sich von der Ausbeutung dieser noch fast unbekanntem Insel sehr viel verspricht, sich begleitet zu sehen, indem die Teilnahme eines so erfahren und bewährten Forschers die wissenschaftliche Bedeutung des Unternehmens um so entschiedener bewahrt und verbürgt. Von dort soll dann die Reise sich zunächst nach Ceylon und Indien richten. Wir können uns nur freuen, daß die mit enormen Kosten, vielen Gefahren und Strapazen verbundene, ganz und gar aus den Privatmitteln Niebeck's bestrittene Reise einen so erfreulichen Fortgang nimmt und senden den kühnen Reisenden aus der Heimath die besten Wünsche für das fernere Gelingen der Unternehmung entgegen.

Neueste Telegramme.

Berlin, 12. März. Wie die „Post“ schreibt, sei Regierungspräsident Wolff nach Trier zurückgekehrt und wolle seine anderweitige Verwendung im Staatsdienste bis zu dem Zeitpunkte vorbehalten, wo es sich um die definitive Besetzung der Stelle des Ministers des Innern handelt.

Wetterbericht der Seewarte zu Hamburg.

12. März, Morgens 8 Uhr.	Bar. a. d. Meeresspiegel red.	Wind.	Wetter.	Temperatur 9° C. — 4° 20
Mullaghamore	761	SE leif. Zug	bedeckt	+ 8° C.
Aberdeen	761	still	heiter	+ 3
Christiansund	757	E leif. Zug	wolkenlos	- 2
Kopenhagen	748	WNW stark	Regen	+ 2
Stockholm	755	E stark	Schnee	- 6
Saparanda	762	N leicht	wolkenlos	- 20
Petersburg	—	fehlt	—	—
Moskau	757	E leif. Zug	Schnee	- 8
Cort. Queenstown	761	E leif. Zug	bedeckt	+ 8
Brest	762	SE schwach	bedeckt	+ 5
Helder	—	fehlt	—	—
Solt	755	NW mäßig	heiter	+ 2
Hamburg	756	WNW mäßig	bedeckt	+ 4
Swinemünde	752	WNW mäßig	bedeckt	+ 4
Neufahrwasser	751	E mäßig	Schnee	0
Memel	754	SE schwach	bedeckt	- 2
Paris	763	NE leif. Zug	wolkenlos	+ 5
Münster	760	W schwach	Regen	+ 7
Karlsruhe	763	SE leicht	wolfig	+ 9
Biesbaden	763	W leicht	bedeckt	+ 9
München	763	W leicht	Dunst	+ 7
Leipzig	758	SE mäßig	bedeckt	+ 8
Berlin	755	WNW frisch	Regen	+ 7
Wien	759	WNW leicht	wolfig	+ 9
Dreslau	756	W stark	bedeckt	+ 6
Ne d'Ar	759	E frisch	Dunst	+ 9
Nizza	762	N leicht	bedeckt	+ 12
Triest	760	still	Regel	+ 6

Die Depression, welche gestern im Nordwesten angedeutet war, ist mit beträchtlicher Geschwindigkeit südostwärts bis zur südschwedischen Küste fortgeschritten und verursacht an westdeutscher Küste mäßige bis heftige westliche Winde. Eine breite Zone von hohem Luftdruck, schwacher Luftbewegung und aufläurendem Wetter erstreckt sich von den Britischen Inseln südöstlich über Frankreich, Süddeutschland, Desterreich nach dem Schwarzen Meere hin. Ueber Norddeutschland ist das Wetter anhaltend trübe und vielfach zu Niederschlägen geneigt, nur im nordwestlichen Küstengebiet ist Aufklärung eingetreten. Die Temperatur ist über Centraluropa im Allgemeinen wenig verändert, im Süden liegt sie beträchtlich über der normalen, im Norden nahe derselben.

Beobachtungen der meteorologischen Station Karlsruhe.

März	Barom. am 11. März 9 Uhr	Thermom. in C. 10.4	Feuchtigkeit in % 95	Wind. SW.	Wetter. bedeckt	Bemerkung. veränderlich.
11. März 9 Uhr	752.1	10.4	95	SW.	bedeckt	veränderlich.
12. März 7 Uhr	751.7	8.6	76	WNW.	in bew.	heiter.
12. März 2 Uhr	749.7	12.8	66	WNW.	in bew.	heiter.

Wasserstand des Rheins.

Wagau, 12. März, Morgens. 5,41 m, gefallen 13 cm.

Frankfurter telegraphische Kursberichte vom 12. März 1881.

Staatspapiere.		Bahnaktien.	
4% Deutsche Reichsanleihe	101.50	Bergisch-Märkische	114.12
4% Preuß. Consols	101.31	Medl. Frd.-Franz	—
4% Baden in Markt	101.25	Elisabeth-Bahn	177.8
4% Bayern	—	Franz-Josefs-Bahn	157. —
4% Dester. Goldrente	79 3/4	Galizier	239.50
4 1/2% „ Silberrente	66 1/2	Lombarden	92 1/4
4 1/2% „ Papierrente	—	Nordwestbahn	173.75
(Mai-Nov.)	64.18	Staatsbahn	254
6% Ungar. Goldrente	98	Prioritäten.	—
5% Russ. Oblig. v. 1877	94 1/2	Nordwestbahn Lit. A	88.56
5% Orientanleihe	—	Gotthardbahn, I.-III. Ser.	97.31
1. Em.	61 1/2	5% Dester. Südbahn	98 1/2
6% Amerikaner v. 1881	—	3% „	56 1/2
5% „ (Consols)	99 1/2	5% Dester. Staatsbahn	104.75
3% „	—	3% „	76 1/2
Banken.		Loose, Wechsel und Sorten.	
Deutsche Reichsbank	146	5% Dester. Loose v. 1869	123 1/2
Bäcker Bankverein	173. —	Ungariloose	224
Dester. Kreditaktien	262 1/2	Wechsel auf Amsterdam	169.07
Darmstädter Bank	146 1/2	London	20.56
Deutsche Effekten- u. W.-Bank	131 1/4	Paris	80.92
Deutsche Handelsbank	61 1/2	Wien	175. —
Disconto Commandit	177.12	Napoleons'd'or	16.17-21
Meininger Bank	97 1/2	Lombenz: fest.	
Schaffhaus. Bankverein	—	Lombenz: fest.	
Berlin.		Wien.	
Dester. Kreditaktien	527. —	Kreditaktien	290. —
Staatsbahn	509. —	Lombarden	—
Lombarden	184.50	Anglobank	127.50
Disconto-Commandit	177.20	Napoleons'd'or	9.28
Reichsbank	—	Lombenz: fest.	
Lombardhütte	113.40	Lombenz: fest.	
Rechte Ober- u. Unterbahn	146. —	Lombenz: fest.	
Lombenz: fest.		Lombenz: fest.	

Verantwortlicher Redakteur: F. Neßler in Karlsruhe.

Karlsruher Ständebuch-Auszüge.

Geburten. 9. März. Helene Ida Gertrud, v. Frdr. Rigmann, Kaufmann. — 12. März. Frdr. Karl, v. Karl Baumann, Schlosser.

Eheaufgebote. 12. März. Karl Mees von hier, Uhrmacher hier, mit Sofie Weigel von hier. — Frdr. Kemmlinger von Rotherbühl, Kaufherr hier, mit Eva Faust von Waltersbrunn.

Todesfälle. 11. März. Friederike Lang, Wittve von Hofposamentier Lang, 87 J. — Adolf, 1 J. 4 M. 3 T. v. Tagelöhner Feinhöfer. — Albert, 10 M. 11 T. v. Magaziniere Günther. — 12. März. Marie Schmitt, Ehefrau von Mechaniker Ferd. Schmitt, 40 J.

Baden, 10. März. Freiin Josefine von Ramschwag, 73 J. — Friederike Hoffmann, 88 J. — Heidelberg, 11. März. Anton Rink, 72 J. — Lahr, 11. März. Wilhelm Kaiser, Schreiner. — Mannheim, 9. März. Frau Barb. Dacherer, geb. Kofl, 31 J. — 10. März. Jakob Fundis. — Oberkirch, 9. März. Martin Dietrich, Straßenmeister, 44 J. — Oppenau, 11. März. Josef Anton Gut, Stadtpfarrer, 45 J. — Plankstadt, 11. März. Joh. Böhm, Jagdaufseher, 79 J. — Willingen, 7. März. Frau Ther. Weber, geb. Neßler, 56 J. — Weinheim, 10. März. Franz Böller.

Großherzogl. Hoftheater.

Sonntag, 13. März. 89. Abonnementsvorstellung. Auf Allerhöchsten Befehl: Die Stimme von Portici, große Oper mit Ballet in 5 Aufzügen, nach dem Französischen des Eugén Scribe. Musik von Auber. Masaniello: Fr. Jäger als Gast. Anfang 1/7 Uhr.

Theater in Baden.

Montag, 14. März. 22. Abonnementsvorstellung. Zum ersten Male. Die Idealisten, Schauspiel in 5 Akten, von G. zu Puttk. Anfang 1/7 Uhr.

